

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend Morgen und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Eugen
Förster, H. Engler in Hamburg, Haafenstein & Vogler, in Frank-
furt a. M. Züger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchdr. u. Verlag.

Danziger Zeitung.



Beitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allernächste geruht: Dem Stan- desherrn Grafen Fr. zu Solms-Baruth das Prädikat „Excel- lents“; sowie dem Geh. Calculator bei dem Ministerium für Handel &c. Rechnungs-Rath Curdes, und dem bei der Ober-Rechnungs-Kammer angestellten Geheimen Rechnungs-Revisor, Rechnungs-Rath Reuter, bei der auf sein Nachsuchen erfolgten Verleihung in den Ruhesstand den Charakter als Geheimer Rechnungs-Rath zu verlei- hen; die Kreisrichter Böttger in Landsberg a. W., Stuvenrauch in Woldenberg, Bierenberg in Lübben, Gallmeyer in Frankfurt a. O., Raabe in Sonnenburg, Wehls in Cottbus, Bernin in Bülow, Schmelzer in Görlitz, Leopold in Golberg und Schulze in Görlitz zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen; den Reichsanwalten und Notaren Henschel in Rauskettin und v. Wilnowski in Schlawe den Charakter als Justizrat; sowie den Kreisgerichts-Secrétairen Marquard in Görlitz, Kanzlei-Director Kahn in Bel- gard und dem Kreisgerichts-Secretar, Kanzlei-Director Weizmann zu Friedeberg R. M. den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Der Bannmeister Rintelen zu Eberfeld ist zum R. Eisenbahn-Baumeister ernannt und als solcher bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn angestellt worden.

Am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Posen ist der ordent- liche Lehrer Dr. Heidrich zum Oberlehrer befördert worden.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angesammelt 1 Uhr Nachmittags.

Berlin, 1. April. [Reichstag] Graf Bismarck be- antwortete eine auf Luxemburg bezügl. die Interpellation dahin: Von einem Abchluß zwischen Holland und Frank- reich sei der preußischen Regierung nichts bekannt. Auf Hollands Frage, wie Preußen seine Abtretung Luxemburgen aufnehmen werde, sei erklärt worden, Preußen müsse die Verantwortung dem Könige von Holland überlassen. Preußen werde die Ansichten der Unterzeichner der Verträge von 1839, der deutschen Bundesgenossen und des Reichstages ermitteln. Preußen habe die guten Dienste Hollands, zwischen Preußen und Frankreich zu vermitteln, abgelehnt. Weitere Auffälligkeiten seien unthunlich, er hoffe auf Wahrung der Rechte Deutschlands auf friedlichem Wege.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Luxemburg, 30. März. Es sind hier zahlreiche Pla- late mit „vive Napoléon“ und „vive la Franco“ verbreitet worden, welche zugleich zur Gewaltthat gegen Preußen auf- fordern und das hier garnisonirende, aus Nassauern bestehende Regiment zur Aufschaltung aufzustacheln suchen. Wie man hört, hat dies den Gouverneur zu ernsten Erbittungen gegen die großherzoglichen Behörden veranlaßt.

Leipzig, 31. März. Ein Versammlung der „freisinnig-deutschen Partei“ hat beschlossen, an die nationale Partei im Reichstage das Erfuchen zu richten, einen raschen Abschluß der Verfassungsberatung zu erwirken, damit die Regierung in der Luxemburgischen Frage freie Hand gemessen möge.

Berl., 30. März. Durch kaiserliche Entschließung ist das Institut der Gendarmerie aufgehoben worden. Die Obhürigenheiten desselben sind den Landes- und Munizipalbehörden übertragen worden. — Im Unterhause ist das Ela- borat der Siebenundsechzigster Commission, die gemeinsamen Angelegenheiten betreffend, mit 257 gegen 117 Stimmen angenommen.

London, 30. März. Im Unterhause brachte Gold- smid die unmenschliche Behandlung zur Sprache, welche die serbischen Juden Seitens der dortigen Regierung zu erfahren hätten. Lord Stanley vertrieb, die Verwahrung der eng- lischen Regierung in dieser Angelegenheit eintreten zu lassen. — Der ehemalige Gouverneur Eyre ist von dem Friedens- gericht freigesprochen worden.

Paris, 30. März. Der „Moniteur“ enthält einen an den Kaiser gerichteten Brief Walewsi's, in welchem der selbe erklärt, daß persönliche Meinungsverschiedenheiten, welche gegen seinen Willen zwischen ihm und einigen Mit- gliedern der Regierung eingetreten seien, ihn veranlaßt hätten, im Interesse der Eintracht seine Entlassung nachzusuchen. — Der Kaiser hat sein Bedauern über diesen Schritt ausgedrückt.

Paris, 31. März. Der heutige „Moniteur“ erklärt, daß der Artikel des „Pays“ die Gedanken der Regierung nicht ausspreche und nur der politischen Meinung des „Pays“ Ausdruck gebe. — In Bezug auf einen das Polizeiwesen berührenden Artikel der „Times“ sagt der „Moniteur“: Für Fremde, die aus Ländern kommen, in denen mit Frankreich Reciprocity herrscht, genügt zu einer Reise nach Paris ein Dokument, das die Identität der Person feststellt.

Madrid, 30. März. In einer Versammlung der ministeriellen Abgeordneten haben sich über 200 entschlossen erklärt, die Regierung bei der Aufrechterhaltung der von ihr bis jetzt befolgten Grundsätze auch weiterhin zu unterstützen. Die Kandidatur des Herrn Veldá für die Präfidentschaft ist angenommen worden. — Eine im Senat für die Regierung gehaltene Rede des Marquis Miraflores hat eine sehr günstige Aufnahme gefunden.

Petersburg, 31. März. Die „Nordische Post“ de- munit in einem anscheinend offiziellen Artikel die Nachricht, daß Differenzen zwischen Frankreich und Russland, die Übergabe der Collectionnote an die Pforte, betreffend die Abtre- tzung von Kandia, verbindet haben.

Bukarest, 30. März. Prinz Friedrich von Hohen- zollern hat heute Bukarest verlassen, um nach Deutschland zurückzukehren. Fürst Karl begleitete ihn bis Turn- Seewin.

Belgrad, 30. März. Fürst Michael ist heute nach Konstantinopel abgereist.

Triest, 29. März. Levantepost: Konstantinopel, 22. März. Dem „Levant Herald“ zufolge habe die Pforte die Forderungen des Bischöfks von Egypten abgelehnt, worauf der Letztere mit der Abberufung der egyptischen Trup- pen von Kandia und der Verweigerung des Tributs gedroht

haben soll. Der Minister des Bischöfks, Nubar-Pascha, habe von dem Letzteren noch keine Mittheilung an die Pforte gemacht, und hoffe mit Unterstützung des französischen Ge- sandten die Forderungen des Bischöfks schließlich durch- zuführen.

New-York, 30. März. Der Congress hat beschlossen, sich bis zum nächsten December zu vertagen. Das Justiz-Co- mitee wird jedoch am 3. Juli zusammenentreten, um über die Anklage gegen den Präsidenten Bericht zu erstatten.

Frankfurt a. M., 31. März. Effecten-Societät. Blau. Preußen, Rossenscheine 105 $\frac{1}{2}$, Berliner Wechsel 105 $\frac{1}{2}$, Hamburger Wechsel 88 $\frac{1}{2}$, Londoner Wechsel 119 $\frac{1}{2}$, Pariser Wechsel 91 $\frac{1}{2}$, Wiener Wechsel 91 $\frac{1}{2}$, Amerikaner 78 $\frac{1}{2}$, Österreichische Banknoten 66 $\frac{1}{2}$, Dester. Credit-Actien 167 $\frac{1}{2}$, Darmstädter Banknoten 204 $\frac{1}{2}$, End- wigs-hafen-Wechsel 154, Hessische Ludwigsbahn 132 $\frac{1}{2}$, 1860er Rose 67 $\frac{1}{2}$, 1864er Rose 73 $\frac{1}{2}$, Badische Rose 53 $\frac{1}{2}$, Kurhess. Rose 55 $\frac{1}{2}$, 5% östl. Anteile von 1859 61 $\frac{1}{2}$, Bayerische Prämien-Anteile 98 $\frac{1}{2}$, steuerfreie Anteile 48.

Wien, 31. März. Privatverkehr. Credit-Actien 184.70, Staats- bahn 212.00, 1860er Rose 86.40, 1864er Rose 79.50, Galizier 220.00, Steuerkreis-Anteile 61.90, Czernowitz 186.75, Anglo- Australien-Bank 96.75, Napoleon-Card 10.31.

Petersburg, 30. März. Der Bankdirekt für Wechsel ist auf 7 Prozent herabgesetzt worden. Für Vorschüsse auf Wertpa- pier bleibt der frühere Zinsfuß unverändert.

London, 31. März. Aus New-York vom 30. d. M. Abds. wird per atlantisches Kabel gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109, Goldgroat 24, Bonds 109 $\frac{1}{2}$, Illinois 115 $\frac{1}{2}$, Eriebahn 58 $\frac{1}{2}$, Baumwolle 30 $\frac{1}{2}$, Raffiniertes Petroleum 27.

Norddeutscher Reichstag.

23. Sitzung am 30. März 1867.

Der erste Gegenstand der T. D. ist die Präsidentenwahl für die Dauer der Session. Dieselbe erfolgt, da der Abg. Rohden widerspricht, nicht durch Acclamation, sondern durch Secretwahl. Bei der Wahl eines ersten Präsidenten erhält von 239 Stimmen Dr. Simson 214, (auf einem Bettel steht: Dr. Simson für immer!) v. Forckenbeck 8, v. Carlowitz 4, Herzog von Ujest 3, Fürst Solms 1, Graf Schwerin 1, Rohden 1. (Einige Stimmzettel sind ungültig.) — Präf. Simson erklärt sich zur Annahme bereit und dankt für das ihm gezeigte Vertrauen. Ich darf es — fügt er hinzu — vielleicht dahin treten, daß das Haus die Überzeugung gewonnen hat, daß mich der Wille besteht, seine Geschäftsförderung nach meinem besten Willen und Wissen zu handhaben, Niemand zu lieben und Niemand zu hassen. Ich werde mich bemühen, dieses neuen Vertrauens in täglichlicher Anstrengung auch fernherin mich werther zu machen und ich bitte Sie um dessen Bewahrung. Denn das darf ich nach vielfacher Erfahrung aussprechen: von dem Vertrauen einer so hohen Versammlung, wie die gegenwärtige, getragen kann ich die mir übergebene Arbeit keine Last, muss sie vielmehr eine Lust nennen. Und von diesem Vertrauen verlassen, wage ich auszusprechen, daß auch ein Besserer nicht im Stande sein würde, der Aufgabe zu genügen. Ich wiederhole noch einmal meinen innigen und tiefbewegten Dank. (Lebh. Beifall.) — Bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten erhält von 233 Stimmen der Herzog v. Ujest 223, v. Carlowitz 6, v. Forckenbeck 1, Graf Renard 1 Stimme. Bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten erhält von 217 Stimmen der Abg. v. Bennington 168, v. Carlowitz 39, v. Forckenbeck 5, v. Bünke (Hag- gen) 1, Rohden 1, v. Nothhild 1 Stimme. — Präf. Simson thiebt mit, daß die Abg. v. Auerswald und Ahmann bereit sind, das Amt der Quästuren für die Dauer der Ses- sion zu versehen.

Das Haus geht nunmehr zur Vorberatung des Ver- entwurfs. Art. 25 betr. die Geschäftsförderung und Präsi- dentenwahl im Reichstage wird ohne Discussion genehmigt. — Ein Amendement des Abg. v. Carlowitz, in einem bes- serten Artikel die Bestimmung aufzunehmen, daß auf 100,000 Wähler ein Abgeordneter für den Reichstag kommt ic. wird abgelehnt. — Zu Art. 26. hat der Abg. Harnier den Zusatz beantragt, daß zur Gültigkeit der Beschlusssatzung im Reichstage die Anwesenheit der Mehrheit der gesetz- lichen Anzahl erforderlich sei. Derselbe wird angenommen. Art. 27 und 28 (die Abgeordneten sind an Aufträge und In- struktionen nicht gebunden und können weder wegen der Ab- stimmungen noch wegen ihrer Neuverhandlungen im Reichstage disciplinarisch oder gerichtlich verfolgt werden) werden ange- nommen. — Als Einschaltung zwischen Art. 28 und 29 be- antragt der Abg. Lette folgenden neuen Artikel: „Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben wäh- rend der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird. Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden erforderlich. Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafversfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs- oder Civil- haft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.“ — Ein denselben Gegenstand betreffendes Amendement hat der Abg. Rohden gestellt.

Abg. Dr. Lette: Die beiden Amendements unterschei- den sich in drei Punkten. Das meinige, das sich an den Art. 84 der preuß. Verfassung anschließt, will das Privilegium auch da einzutreten lassen, wo es sich um eine Civilshaft handelt, während das Ausfeld'sche dies Vorrecht auf Verhaftungen in Kriminalfällen beschränkt. Das letztere will die Bestimmung auch für die Zeit zwischen der Wahl und der Eröffnung des Reichstages gelten lassen, während mein An- trag sich nur auf die wirkliche Sitzungsperiode bezieht und die Verhaftung nicht bloß auf die Ergreifung bei frischer That beschränkt, sondern auch noch für den nächsten Tag ge- stattet. Was das Materiale der Anträge betrifft, so ist die- ser bevorrechtete Status der Personen der Abg. in fast allen Verfassungen ausdrücklich ausgesprochen und besteht z. B. in England schon seit Anfang des 16. Jahrhunderts. Es soll

diese Bestimmung nicht ein Freibrief sein gegen die Gerech- tigkeit, sondern nur das Interesse des Landes wahren, daß ein Abg. nicht ohne hinlänglichen Grund von den Sitzungen des Reichstages ausgeschlossen wird. Es wird das Amendement Ausfeld abgelehnt, das Amendement Lette angenom- men, für das letztere auch mehrere Altliberale, der Abg. v. Binde (Hagen) nicht.

Zu Art. 29 (die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Befolbung oder Entschädigung beziehen) liegen folgende Amendements vor: 1) Von den Abg. We- ber und v. Thünen: Art. 29. Die Mitglieder des Reichs- stages erhalten aus der Bundesklasse Reisefesten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Bis zum Erlass dieses Gesetzes soll das Bundespräsidium die Höhe derselben festsetzen. Ein Bericht auf die Reisefesten und Diäten ist unzulässig. 2) Von dem Abg. Bleier: In Art. 29 hincet „als solche“ einzuschalten: „aus öffentlichen Mitteln.“

Abg. Graf Brünneck: Man hat dem allgemeinen Wahlrecht viel Gutes nachgerühmt, es gewissermaßen als ein Universalmittel gegen alle möglichen Schäden gepriesen. Ja, wenn das Alles wahr wäre, dann würde ich aus seinem entschiedenen Gegner sein aufrichtiger Freund werden. Aber das ist nicht der Fall. Auch nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts wird es nicht besser werden. Ein anderer Redner (Abg. Wagener), der von sich sagte, daß er viel ge- lernt und viel vergessen habe, was ich ihm nicht bestreiten will, hat gemeint, daß das allgemeine Wahlrecht dazu da sei, um den Besten aus den Händen der beständigen Klassen zu nehmen. Ich glaube, daß er sich darin nicht täuschen wird, denn das möchte wirklich das Streben der Demokratie sein, die ihre Wurzel im allgemeinen Stimmrecht hat. Wir haben aber nur einmal das allgemeine Stimmrecht, und es ist nun unsere Pflicht, den vererblichen Folgen derselben entgegenzu- treten, bis wir wieder zu einem besseren und vernünftigeren Wahlgesetz kommen. Das einzige Mittel ist aber die „Diäten- losigkeit“ der Abgeordneten. Sollten Sie aber doch Diäten beschließen, dann würden sich diese Räume bald füllen mit solchen Volksfreunden, von denen Plato spricht und sagt, daß sie nur bestehen, daß sie verstehen, es gut zu meinen mit dem Volke, und dieser Versicherung nachzukommen suchen nicht auf ihre Kosten. Beschließen Sie aber die Diäten-losigkeit, dann wird es kommen, daß die Abg. der Stadt Berlin vielleicht auf der äußersten Rechten sitzen und von ihren liberalen Collegen vielleicht Reactionäre, vielleicht Wendale genannt werden. (Gelächter.) Diesenjenigen, welche Diäten wollen, werden höchstlich auch Ihnen, wie die Athener thaten und sich ihre Verbündnis in den Werkstätten bezahlen lassen. — Redner citirt Plato, Socrates, Richard Cobden, Washington und verschiedene andere Autoritäten der alten und neuen Geschichte. Wie das Wahlgesetz, so wird auch das Parlament, wie das Parlament, so die ganze Gesetz- gebung. (Sensation. Sehr richtig!) Die große Menge in London ist auch heut zu Tage nicht anders, als die große Menge in Athen und Rom war. Niemand müsste von uns französische oder amerikanische Zustände herbei. Helfen Sie uns dazu, daß wir davor bewahrt bleiben und beschließen Sie, daß, so lange das allgemeine Wahlrecht besteht, keine Diäten bezahlt werden. Das ist das einzige Mittel, die Würde und den Patriotismus dieser Versammlung zu schützen, (Ohr!) das einzige Mittel, die innere Ordnung des Nord- deutschen Bundes auf einen unerhörtlichen Fels zu stellen. Nur dann dürfen wir frohen Muthes allen Gefahren und Stürmen von Außen entgegensehen und wie der britische Dichter sagt:

Es kommt selbst die ganze Welt in Waffen,
Nicht bringt uns Noth und macht uns scheu,
Reibt Preußen und Deutschland nur sich selber treu!

(Ironisches Bravo links.)

Abg. v. Thünen: Die Annahme des Entwurfs wird die Folge haben, daß den Abgeordneten eine sehr ungleiche Steuer auferlegt wird. Die in Berlin Wohnenden sind dann auf ungleich geringere Opfer angewiesen, als die außerhalb Wohnenden. Es werden nur die großen Grundbesitzer und überhaupt reiche Männer als Vertreter übrig bleiben. Das wären sehr geeignete Elemente für eine erste Kammer, nicht aber für einen Reichstag, in dem alle Interessen vertreten sein sollen. Streichen Sie die Diäten, so streichen Sie damit einen großen Theil der Beamten, deren Bulassung Sie gestern beschlossen haben, und einen großen Theil der Intelligenz und Bildung der Nation; Sie schaffen ein Herrenhaus ohne Volksvertretung, ein Analogon der mecklenburgischen Ritterschaft. Mecklenburg, wenn es auch nur entfernt ein Vorbild für den Reichstag abgeben sollte, würde allerdings mit ungeahnter Glorie bekleidet werden, auf die ich als Mitglied der mecklenburgischen Ritterschaft stolz sein könnte, als Reichstagmitglied aber nicht. (Bravo links.)

Abg. v. Brünneck (Neustettin): Ich habe zunächst das Be- dürfnis zu einer kleinen häuslichen Auseinandersetzung mit Hrn. v. Brünneck, der mein Programm nie verstanden hat, wenn er es in der Weise anslegt, wie wir es vernommen haben. Ich bemühe mich, meine Grundsätze mit den Forde- rungen der Zeit in Einklang zu bringen. Von einem Sturm- lauf gegen den Besten habe ich nie gesprochen, sondern nur als einen Vorzug des allgemeinen Wahlrechts das angegeben, daß es die Leute da berührt, wo sie am empfindlichsten sind, an ihrem Besitz, oder, um noch deutlicher zu sein, ich habe es als einen wesentlichen Fortschritt gefürchtet, wenn nicht blos immer Könige und Fürsten, die Kaiser und der Grundfeudalismus angegriffen werden und wenn der industrielle Feudalismus einfiekt, daß auch er solchen Angriffen ausgesetzt ist, daß das allgemeine Stimmrecht eine Solidarität der Interessen aller bestehenden Clässen geschaffen hat, mögen sie nun Grund- b. sitz oder beweglichen Besitz haben, und daß es gewisse ge- meinschaftliche conservative G. einr. gibt, die nicht er- schüttert werden dürfen, wenn das Haus nicht über Alle

gleichmäig einstürzen soll. Auch mir ist Plato nicht ganz unbekannt, aber auf dem Gebiete, wo wir uns hier befinden, habe ich immer mehr von Hrn. v. Patow als von Plato gelernt. (Heiterkeit.) — M. H. die Diätenfrage ist keine Geldfrage, sondern eine Staats- und Systemfrage, die entscheidend ist für die Entwicklung des gesamten Deutschlands. Dieses Haus ist ohne Diäten gewählt (Widerspruch), oder doch wenigstens alle Abgeordneten aus Preußen, und ich glaube nicht, daß die preuß. Abgeordneten so sehr nach Mecklenburg schmecken, der geehrte Hr. Vorredner schmeckt jedenfalls mehr darnach. Es gibt auch in der Intelligenz ein Proletariat, und daß dies ausgeschlossen ist, wird kein Schaden sein. Stuart Mill, der entschiedenste Verfechter des allgemeinen Stimmrechts, sagt, daß es alle Verhältnisse auf den Kopf stellen hieße, wenn nicht zugleich die Diäten versagt würden. Man spricht von einer ungleichen Bestenerung? Diese Ungleichheit kann nie ausgleichen werden; die eine Person hat viel Zeit, die andere wenig, die eine kann ihre Zeit sehr hoch, die andre sehr niedrig verwerthen. Ich frage Sie, wie viel wir etwa Hrn. Meier aus Bremen oder Hrn. v. Rothschild geben müßten, wenn wir ihre Opfer an Zeit vollgültig entschädigen sollten? (Beischen der Zustimmung links.) Wir werden nie um einen gewissen Census herumkommen. In der Welt ist Alles Census, Frühstück, Mittagbrot und Abendbrot; es kommt nur darauf an, wie weit der Geldbeutel reicht, und danach soll sich auch der richten, welcher öffentliche Functionen übernimmt. Das Prinzip der Ehrenämter und der Selbstverwaltung muß entweder völlig durchgeführt werden, oder gar nicht. Eine burokratische Regierung und eine angebliche Selbstverwaltung in Kreis- und Gemeindevertretung sind Gegensätze, die sich gegenseitig aufzehren. Ehrenämter und Selbstverwaltung sind nicht möglich in der Kreisverfassung, wenn nicht auch in den oberen Instanzen das entsprechende System befolgt wird. Wir werden es nie in der Vertretung der unteren Instanzen zur Einführung der Ehrenämter bringen, wenn die höchste Vertretung im Staat mit einer noch dazu kümmerlichen Besoldung bedacht werden soll. (Beifall und Widerspruch.) Mit drei Thalern Diäten werden Sie den Glanz der Volksvertretung ohne sonstigen Zusatz aus eigenen Mitteln nicht aufrecht zu halten vermögen. (Heiterkeit.) Wenn wir nicht vollen Ernst machen mit der Selbstverwaltung und den Ehrenämtern, so werden wir dem Präfectenthum nicht entgehen können. Die Machtvollkommenheit des englischen Parlaments beruht wesentlich auf den sich selbst regierenden Grafschaften und Kommunen, und im Parlamente ist nichts zu thun, als dieselben Grundsätze, welche die Mitglieder in der speziellen Heimat geübt haben, auf das Staatswesen im Ganzen anzuwenden. Lassen Sie also die Diätenfrage und sorgen Sie lieber für Selbstregierung zu Hause und glauben Sie, was der französische Schriftsteller sagt: Es wird nie gelingen, den Kopf der Freiheit auf den Rumpf der Knechthälfte, oder das Haupt der Selbstregierung auf den Leib der Bureaucratie zu setzen. (Bravo rechts!)

Abg. Dr. Röe: Der Abg. v. Below hat vor einigen Tagen mit Emphase ausgerufen: Keine Diäten! Wahrscheinlich ging er dabei von der Ansicht aus, daß der Beruf des Volksvertreters von so hoher Bedeutung sei, daß seine Hand nicht von dem bestellt werden dürfe, was den Charakter am meisten herabwürdig, nämlich vom Gelde. (Heiterkeit.) Wenn man das Geld für so herabwürdig hält, warum sollte es denn nur herabwürdig sein für die Legislative, nicht für die Executive? (Beifall links); nicht für die Minister? (Sehr wahr! links.) Man sollte doch meinen, daß die Hand des Ministers dann ebenso vom Gelde bestellt würde. (Sehr wahr!) Wenn das Prinzip also richtig ist, so mög' man erst den Ministern kein Gehalt mehr geben, dann auch den Abgeordneten die Diäten verweigern, früher aber nicht. (Heiterkeit.) Ich will für die Abgeordneten Diäten, also auch für die Minister Gehalt. Selbst für den Idealisten ist ein gewisses Maß Geld durchaus notwendig. Wer mehr auf Geld giebt, als nötig ist, den nennen wir interessiert; wer aber gar keinen Wert darauf legt, ist leichtfertig. Sie werden durch die Verweigerung der Diäten nicht erreichen, daß vollständig uninteressierte Männer hierher kommen, sondern nur wohlhabende, die leichtfertig genug sind, daß es ihnen nicht darauf ankommt, zu ihrem Vergnügen 3 Jahre in der Residenz zu leben und viel Geld auszugeben; nur Reiche werden kommen können. Hr. v. Below wird also gerade das Gegenteil von dem erreichen, was er will, nicht eine Unterschätzung, sondern eine Überschätzung des Geldes. Sind denn in Nordamerika und der Schweiz, wo gleichfalls Diäten bei dem allgemeinen Wahlrecht gezahlt werden, die Besitzlosen ausschließlich in den gesetzgebenen Versammlungen? Nein, die Abgeordneten werden überall entsprechen den sozialen Zuständen des betr. Landes. Der Abg. Wagener wünscht, daß das „Proletariat“ der Intelligenz ausgeschlossen wird. Ich möchte sehr wünschen, daß dieser Herr uns erklären möge, was er darunter versteht; ich nehme nicht an, daß er damit diejenigen meint, die arm sind an jüdischen Gütern, sondern die, welche an Leistungen für das Vaterland noch wenig geleistet. Ich möchte hierbei daran erinnern, daß von unseren größten Dichtern, Denkern und Staatsmännern die meisten so standen, daß sie nicht im Stande gewesen wären, sich mehrere Monate ohne Diäten hier aufzuhalten. — Hulan sagt ferner, wenn keine Diäten gezahlt werden, so werde das Parlament recht praktisch werden. Nun, wir wissen recht gut, was jene Herren unter praktisch verstehen; über Hals und Kopf Alles beschließen ohne Rücksichtnahme auf bessere Erfahrungen. Für diese Art des öffentlichen Lebens bedanken wir uns aber. Sobald Sie den Besitz von Vermögen für notwendig erklären zur Wirksamkeit im öffentlichen Leben, zerstreuen Sie das Leben so vieler tüchtiger Männer, die ihr Hauptwerk auf Studien legen und nur so viel erwerben, wie sie notwendig brauchen. Machen Sie aber die öffentliche Wirklichkeit vom Gelde abhängig, so twingen Sie dieselben, mehr zu erwerben, sich hauptsächlich auf Gelderwerb zu legen. Damit vergessen Sie aber unser deutsches Leben. (Beifall links.) Sie schaffen damit die schändlichste aller Aristokratien. (Beifall links, Widerspruch rechts.) Wenn Sie nun einmal jetzt nicht für Diäten stimmen wollen, so streichen Sie den Art. 29 ganz und lassen Sie die Frage unentschieden. Wozu wollen Sie ein Gesetz geben, das so leicht zu umgehen ist? Dies ist ein Gesetz, das mit der Sitte und der öffentlichen Meinung in Widerspruch steht, das die besten Männer umgehen müssen. Sie haben ein großes Prinzip angenommen, das allgemeine Stimmrecht; ich will es dieser Versammlung wünschen, daß sie es auch in großartiger Weise durchzuführen verstehen und nicht durch kleinliche Dinge herabwürdig; dies geschieht aber durch jede Verchrönung des Mammons und durch kleinliche Kräfte. (Lebhafte Beifall links.)

Graf Bismarck: In Namen und im Auftrage der

hohen verbündeten Regierungen muß ich die Mittheilung machen, daß dieselben erklären, auf die Bewilligung und Bulassung von Diäten unter keinen Umständen sich einlassen zu können. Die Regierungen bitten vielmehr die hohe Versammlung, die Entscheidung dieser Frage dem Wege der Gesetzgebung demnächst zu überlassen, nachdem man im Stande gewesen seia wird, beruhigende Erfahrungen über die Wirkungen eines bisher noch wenig erprobten Wahlgesetzes zu sammeln. (Große Bewegung auf allen Seiten des Hauses.)

Abg. Hering: Die Diäten sind die Schande des allgemeinen passiven Wahlrechts, die Verweigerung derselben heißt nichts anderes als ein Privilegium des Geldsacks (sehr wahr links). Die Ernestiner aus Sachsen-Weimar, die sich bei dem 50jährigen Jubiläum der Verfassung rühmen konnten, dieselbe nie verlegt zu haben, haben das Prinzip der Notwendigkeit der Diäten immer anerkannt und sich selbst der vom Landtage selbst beantragten Herabsetzung widersetzt. — Streichen Sie die Diäten, so werden aus den kleinen Ländern nur sehr wenig oder nur solche Abgeordnete kommen können, zu denen das Volk nie Vertrauen haben kann. Die englischen Verhältnisse passen auf uns nicht. In Deutschland ist die Intelligenz und der Charakter nicht immer bei dem Geldbeutel. In England ist die politische Bildung von oben herab gekommen, bei uns umgekehrt und ich bin überzeugt, daß ein englischer Tory in vielen Fragen auf der linken Seite des Hauses stehen würde. Der Graf Bismarck würde, wenn Sie die Diäten streichen, liebe Freunde und kampfbereite Gegner vermissen; und der kluge Staatsmann und ritterliche Herr würde sich davon wohl sehr schmerlich berührt fühlen. (Große Heiterkeit.) Um mit einem Gymnasialprofessor zu reden: Er würde viele sehen, die nicht da sind. (Heiterkeit.) Die Erfahrungen des preuß. Herrenhauses geben uns zu dieser Vermuthung wohl alle Veranlassung. (Sehr wahr, links.) Der Hr. Graf Bismarck hat vor der Annahme gewarnt, daß die verbindeten Aenderungen wünschten, daß der Verfassungsentwurf möglichst ohne Aenderungen angenommen würde. Nun haben wir aber gestern gesehen, daß als eine so schneidende Abänderung des Entwurfs beantragt war, die H. Graf Bismarck, v. Roon und der groß. weimarerische Bundes-Commissar selbst für das Amtndement gestimmt haben (hört! hört!). Auf diese Erklärung ist also so viel Werth wohl nicht zu legen. Ich kann mir nicht denken, daß die verbindeten Regierungen an dieser Frage den ganzen Verfassungsentwurf fallen lassen werden; und wenn es geschehen sollte, daß von Seiten der Regierungen hieran der ganze Bund scheitere, dann können wir wohl das Urtheil der Geschichte ruhig überlassen. (Beifall links.)

H. sächs. Bundes-Commissar v. Friesen: Die Frage ist wichtig, weil sie nach meiner Ansicht im engsten Zusammenhang mit dem allgemeinen Wahlrecht steht. Ich muß ganz offen bekennen, daß die Zustimmung dazu mir am schwersten geworden ist. Wenn man, wie ich, sein ganzes Leben dem conservativen Interesse gewidmet hat, so wird man mir dies wohl nicht verdenken. Obwohl es mir bedenklich war, habe ich dennoch zugestimmt, weil ich nichts Anderes an seine Stelle zu setzen wußte, und weil Art. 29 darin stand. Ich bin fest überzeugt, daß, auch wenn keine Diäten gezahlt werden, sich in allen Parteien Männer finden, die Opfer bringen können und bringen wollen. Wir werden nun auch klügere Reichstage erhalten, hoffentlich keinen so langen wie bisher. (Beifall rechts.) Wenn sich nun wirklich bei der Diätenlosigkeit in ganz unerwarteter Weise Nachtheile herausstellen sollten, so kann ja diesem Nebelstande auf dem Wege der Gesetzgebung abgeholfen werden. Haben Sie aber erst ein allgemeines Wahlrecht und Diäten, so wird das Haus mit Diäten nie für Abschaffung der Diäten stimmen. (Beifall rechts.) — Graf Bismarck schließt sich darauf nochmals der Erklärung des Hrn. v. Friesen an. Es sei ein Missverständnis, wenn man meine, er habe gesagt, man könne den Art. 29 jetzt streichen. Er wiederhole, daß die hohen Regierungen dahin einig seien, daß sie unter keinen Umständen die Bulassung oder Bewilligung von Diäten glaubten acceptiren zu können. — Der Antrag auf Schluss wird gestellt; (Ruf links: Nein! Nein!) Der Antrag wird abgelehnt; dafür nur einige Conservative mit dem Abg. v. Vinke (Hagen).

Abg. Graf Schulenburg: Ich hätte erwartet, daß Sie den Schluss annehmen würden; da Sie aber noch große Lust zu haben scheinen, mehr zu hören, (Ruf: Sie nicht!) will auch ich mich der Pflicht zu sprechen nicht entziehen. Ein englischer Staatsmann hat gesagt, wenn man keine Opposition hätte, so müsse man sich solche laufen. Nun, ich denke, an Opposition wäre bei uns mehr Angebot als Nachfrage; also brauchen wir keine Diäten. Nun sind doch Amentements gestellt auf Diäten aus öffentlichen und aus Privatsäcken. Wenn die Dreithalermänner (Ruf: Pfui! Pfui!) perennirend machen wollen, so müssen sie drei Klassen unterscheiden: solche die auskommen, solche die nicht auskommen und solche, die noch etwas zurücklegen. Ein großer Theil von Abg., die in Berlin leben und Beamte sind, betrachten die Diäten als angemessenes Taschengeld. Ich muß mich wundern, daß der Antrag auf Diäten gerade von seiner Seite kommt, die so fast immer allein Anspruch daran macht, opferbereit zu sein. Die Mitglieder der Schwurgerichte erhalten auch keine Diäten. (Ruf: Aber die Provinz-Landtage). Der Reichstag ist berufen im Vertrauen auf die Mäßigung und bescheidene Zurückhaltung seiner Mitglieder (anhaltendes Gelächter links). Wir haben zu lange gelebt im Land der Schulen und Akademien, des Lichte und der Kraft und sind handlanger gewesen am wahren liberalen Staat Preußen (Sensation), als daß wir nicht in die große Zeit zu finden wüßten. (Ruf: zur Sache!) Es ist lediglich die Erfindung einer Überwollenden und schlecht unterrichteten Presse, wenn man sagt, wir stünden auf dem Standpunkt des verblödeten Junkerthums. Nein, wir sind ehrlich und redlich bemüht, an dem großen Giele des deutschen Volkes mitzuwirken (Gelächter). Den Entwurf, den dieser große Baumeister (auf Bismarck deutend) gezeichnet hat, gibt uns die Conturen an, bis wohin wir gehen können. Wir haben mit Ihnen gestimmt für das allgemeine Wahlrecht, aber in der Voraussetzung, ohne Diäten; wir erwarten zuverlässiglich, daß Sie Ihre Amentements fallen lassen. (Gelächter links, Beifall rechts.)

Abg. Twesten: Wenn eine Versammlung zur sofortigen Entscheidung der Diätenfrage geeignet ist, so ist es diese: gerade wir, die wir keine Diäten beziehen, haben die Unbefangenheit dazu; von einer späteren Versammlung wird man sagen, daß sie sich selbst vottet. Überrascht hat mich die Erklärung des l. sächs. Bevölkerung, der gar nicht zu beachten scheint, daß sämliche Abgeordnete dieses Hauses, mit Ausnahme derer aus Preußen, Mecklenburg, Neuf. L. und etwa noch Anhalt, von ihren Regierungen Diäten erhalten. (Sehr wahr!) Zumal in den kleinen Staaten begreift man nicht, wie ohne Erfas der haaren Auslagen —

denn um diesen Erfas allein handelt es sich — ein Mandat für den Reichstag zu übernehmen sei. Es handelt sich hier gar nicht um eine politische Parteifrage. Bei der Verhandlung im preuß. Landtage erklärte der Abg. Wagener, er sei über die Diätenfrage noch nicht zum Abschluß gelangt. Hente erfahren wir, daß er inzwischen zum Abschluß gelangt ist. (Heiterkeit.) Die Versagung der Diäten wird nun als ein Schutz gegen das allgemeine Wahlrecht empfohlen. Aber wenn es eines solchen Schutzes bedarf, wenn die Regierungen auf Unwegen nach Mitteln suchen müssen, um die Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts zu paralyzieren, warum adoptieren sie es denn überhaupt? Ein anderes Schutzmittel sollte die Ausschließung der Beamten sein. In dem letzten preußischen Landtage waren 137 Beamte im Staatsdienst und 29 Communal- und außer Dienst beständige Beamte, sie macht in also 50 Prozent des Landtags. In unserem Reichstag bilden sie sogar 60 Prozent, indem u. a. allein 87 Beamte aus den alten preuß. Provinzen hier sitzen. Das Verhältnis der Beamten ist sich in beiden Versammlungen ungefähr gleich geblieben, nämlich 37 gegen 40 im Reichstag. Bei den Industriellen ist das Verhältnis ungleich geworden: 14 gegen 5 im Reichstag. In unsr. Abgeordnetenhaus sprach Hr. Wagners es aus, daß das allgemeine Wahlrecht die liberale Bourgeoisie entfernen, daß die Bataillone der Arbeiter gegen sie marschierten würden. Solche Neuerscheinungen machen mit Recht gegen das allgemeine Wahlrecht bedenklich, da es in Verbindung mit der zu größter Macht als jemals erstarnten militärischen Kraft die Wege zum Kaiserreich ebnen wird. Der Hr. Minister v. Frieden sagt uns: Die rechten Männer für den Reichstag werden sich auch ohne Diäten finden. Aber die ehemalige erste K. immer in Preußen hat gezeigt, daß sie sich nicht leicht finden, es sahen in ihr etwa 80 Berliner. (Widerspruch, Heiterkeit.) Ich weiß die Zahl nicht genau, aber ungefähr so viel Berliner waren darin und ich wünsche das für den Reichstag nicht. (Heiterkeit.) Alle Versammlungen in Preußen zogen und bezogen Diäten, die Mitglieder der Provinzial-Landtage 4 %, nicht blos 3 % (hört!) und man kann davon, die von den Dreithalermännern hier reden, wohl die Vierthalermänner entgegenhalten. Die Frage liegt so: gibt es ganze Klassen, die ohne Entschädigung die öffentlichen Geschäfte des Landes versehen können und vom Vertrauen des Volkes geiraten werden? Diese Frage ist zu verneinen. Die Ausschließung der Beamten, die zum größten Theil conservativ sind, verbunden mit der Versagung der Diäten, die einen Census von 300 % für die passive Wahlfähigkeit aufstellen, ist ein Widerspruch gegen das allgemeine Wahlrecht, der in künftigen Zeiten ein sehr gefährliches Agitationsmittel werden kann. Die Conservativen sollten wahrlich nicht die Gegensäye in so bedeutsamer Weise verschärfen. Der Besitz ist schon ohnehin eine große Macht: ist es wohlgethan, den Gegensatz zwischen Arm und Reich noch durch ungleiche Vertheilung der politischen Rechte zu verschärfen? (Lebhaft, Beifall.)

Abg. Jungherrmann erklärt sich im Gegensatz zu seinen Parteigenossen gegen die Bewilligung von Diäten. Ich bestreite — sagt er — daß ich hier als Abgeordneter einen „Dienst“ erfülle, ich vertrete mich lediglich selbst, ich bin nicht herzkommen meinen Wählern zu lieben, sondern nur, um meine Ansicht, meinen Einfluss hier zur Weltung zu bringen. Die Beleidigung, daß durch die Verweigerung von Diäten es dem Bürgerstande unmöglich werden würde, aus seinen Kreisen Vertreter zu schicken, kann ich nichttheilen. Wenn wir keine Diäten zahlen, werden viele, die nicht die rechten Männer sind, auch nicht sicher gewählt werden. Uebrigens wird ein Reichstag, der aus nicht beflockten Abgeordneten besteht, der Regierung gegenüber eine viel feste Haltung einnehmen. Überhaupt ist meiner Ansicht nach zur Verirretung des Volkes die Aristokratie recht eigentlich verunsichert; ich als Bürgerlicher kann das ruhig ansprechen (Bravo rechts); und sie wird dann mehr auf die Bahn der Intelligenz hin geleitet werden. Ich will als Abgeordneter mir nicht sagen lassen von meinen Wählern, daß der Staat mich für die Vertretung beflockt (Bravo rechts), ich will aber ebenso meinen Kopf hoch tragen der Regierung gegenüber und will nicht von den Ministern hören, daß für die Herren der Opposition monatisch so und so viel tausend Thaler gezahlt werden müssen. Viele machen über das größere oder geringere Maß von Freiheiten, die uns die Regierung bewilligen will, lassen ich mich überhaupt nicht. Ich bin der Meinung: Quant vaut l'homme, tant raut la chose!

Abg. v. Brünne (persönliche Bemerkung): Dem Hrn. Abg. Wagener habe ich nur meine Freude darüber ausgedrückt, daß er viel gelernt hat. Ich wünsche nur, daß dies auch in der Arbeitersfrage der Fall sein möge, wobei ihm Plato nützlicher sein wird als Cato.

Es folgt namentliche Abstimmung über den Antrag v. Thünen und Weber, die mit großer Spannung verfolgt wird. Von 266 Stimmen werden 136 für, 130 gegen den Antrag abgegeben, durch dessen Annahme sich der Reichstag für die Gewährung von Diäten erklärt und den Antrag Meier, so wie den Art. 29 der Regierungsvorlage in der Vorberatung erledigt hat. Die Parteien stimmten fast ganz geschlossen und wir erwähnen nur, daß mit Nein, gegen den Antrag weiter Andern stimmten die Abg. Braun (Wiesbaden), Cottont, Dunder (Halle), Graf Dyhr, Falk, Friedenthal, v. Gerber, Graf Henckel v. Donnersmark, Hergenhahn, Jürgenmann, Kraatz, Meier (Bremen), Michaelis, Graf Narend, v. Sybel, Sloman, beide v. Vinke's, Stumm, v. Rothschild. Mit Ja, für den Antrag stimmten u. a. Baumstark, de Chapeaurouze, Graf zu Dohna-Rosenau, Eggleben, v. Hammerstein (Hannover), Haberborn, Oneiss, Dr. Freytag, v. Kleinsorgen, Dr. Petre, v. Mallinckrodt, Rohden, Dr. Schleiden, Schraps, Graf Schwerin, Dr. Simson, v. Spankeren, v. Baesi, Windhorst, Dr. Bacharie. Der Abg. v. Grüner enthält sich der Abstimmung. — Nächste Sitzung: Montag.

Luxemburg.

Es ist Zeit, daß alle Organe der öffentlichen Meinung laut und entschieden ihre Stimme gegen das Attentat erheben, welches die französische Regierung gegen die Unverletzbarkeit unseres deutschen Landes und damit gegen unser Recht und unsere Ehre ersonnen hat. Es ist offenbar, daß Napoleon III. durch die Erwerbung Luxemburgs ausführen will, was einst Schwarzenberg im Schilde zu führen bekannte, nämlich Preußen zu erniedrigen, um es dann vernichten zu können.

Der König der Niederlande bracht Geld, um seine Schulden zu bezahlen, und Napoleon benötigt diese Verlegenheit, um ihm Luxemburg abzukaufen. Er hat ein mehrfaches Interesse daran, dies kleine Großherzogthum von Deutschland loszureißen. Zunächst: sich dafür Gewingthung zu verschaffen, daß bei den Nikolsburger Verhandlungen, ohne daß man es ihn ahnen ließ, die vollständige Annexion von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt und dann noch gar die Bünd-

nisse mit Bayern, Württemberg und Baden beschlossen wurden; alsdann das immer stärker hervortretende Mißvergnügen der Franzosen durch das neue Prestige zu beseitigen, welches die Erwerbung eines Stückes von Deutschland und damit das Nährerden an die Rheingrenze ihm gewähren würde; schließlich den Norddeutschen Bund und die Bindnisse mit den Süddeutschen Staaten dadurch zu Falle zu bringen, daß er bei allen in deutscher Gewalt befindlichen Höfen und Parteien die Achtung vor der preußischen Politik und die Furcht vor der preußischen Macht untergräbt.

Die Rechnung wäre vollkommen richtig — die schon jetzt laut gewordenen Stimmen aus Süddeutschland und aus Sachsen bestätigen es zur Genüge — wenn Napoleon auch den Hauptfaktor, nämlich Preußen selbst, richtig veranschlagt haben sollte.

Doch das ist ein Ding, an das ein deutscher Mann nicht glauben darf. So lange es nicht urkundlich und thatfächlich feststeht, daß Preußische Staatsmänner selbst den Beweis liefern wollen, daß das durch die ruhmreichen Siege an die Spitze der gesamten deutschen Wehrkraft getretene Preußen doch kein besserer Schutz für deutsches Land und deutsches Recht und deutsche Ehre geworden ist, als der mißachtete und ohnmächtige deutsche Bund es war; so lange behaupten wir: es kann nicht sein. Was positiv feststeht, ist nur dies, daß Graf Bismarck den Bumuthungen Frankreichs gegenüber bis jetzt keineswegs nachgegeben, daß er aber auch noch nicht das lezte entscheidende Wort gesprochen hat. Wir wünschen freilich, es wäre geschehen. Aber wir bescheiden uns, da wir die größeren oder kleineren Umstände nicht kennen, durch welche die einzelnen Schritte des Staatsmanns in diesem Augenblick bestimmt werden müssen. Wir werden daher uns genügen lassen, wenn nur dies letzte Wort wirklich, und wenn es zur rechten Zeit gesprochen wird.

In der Reichstagsitzung v. 29. März sprach Graf Bismarck mit kaum verkenntbarer Beziehung auf die Luxemburg-Sache von „auswärtigen Fragen“, die bei einer energischen Unterstützung der Regierung von Seiten des Parlaments eine andere Behandlung gestatten würden, als in einem Falle, wo man sieht, daß das Parlament nicht unbedingt mit der Regierung geht und nur sehr kleine Anlässe nötig sind, um eine ernste, tiefschlagende Spaltung zu erzeugen.“ Wir meinen, daß Graf Bismarck sich hätte selbst sagen können, was der Abg. Braun ihm erwidern mußte, daß im Falle einer wirklichen Verwicklung mit dem Auslande der ganze Reichstag ohne Unterschied der Parteien von rechts bis nach links unabdingt mit aller Energie der Regierung zur Seite stehen werde. Wenn Louis Napoleon den Mangel an Energie bei seinen Gegnern in Rechnung gestellt haben sollte, so wird er diesen Mangel auch gewiß wenigstens nicht auf der Seite des deutschen Volkes und seiner erwählten Vertreter suchen. Schon vor dem 29. März haben wir hier und da hören müssen, daß man für ein Järdelweichen von der deutschen Aufgabe Preußens eine Entschuldigung bald in der Energieslosigkeit, bald in der Oppositionslust des Reichstags sucht. Freilich treibt man nicht immer die Sinnlosigkeit so weit, wie manche von angeblichen Regierungsfreunden inspirierte Provinzialblätter, in deren einem wir u. A. Folgendes zu lesen bekommen: „Wenn dieses Stück deutschen Bodens (Luxemburg) für Deutschland verloren geht, so ist Niemand anders Schuld daran, als der Norddeutsche Reichstag, welcher mit seinen Silbenstechereien die Gegner Preußens und Deutschlands von Tag zu Tag mehr ermutigt, und die preußische Politik lähmst.“

Heute wird im Reichstag in Berlin eine Interpellation wegen der luxemburgischen Frage eingebracht werden. Die Haltung der Abgeordneten — daran zweifeln wir nicht — wird der Erfahrung des deutschen Volks entsprechen und dem erregten Nationalgefühl Genüge thun. Wir zweifeln auch nicht daran, daß die Regierung in dieser Frage ihm wird, was das deutsche Volk zu verlangen berechtigt ist. (Vergl. tel. Dev.)

Politische Uebersicht.

Am Sonnabend Nachmittag hatten Reichstagsmitglieder verschiedener Fraktionen in Berlin eine Besprechung über die luxemburgische Frage. Das Resultat derselben war der Beschluss: eine Interpellation wegen dieser Frage in der nächsten Sitzung einzubringen. Dies wird heute durch den Abgeordneten v. Bennigsen geschehen. Über die Stellung des Grafen Bismarck zu diesem Schritt lauten die Nachrichten verschieden. Die einen behaupten, Graf Bismarck habe davon abgerathen, die „Post“ dagegen bezweifelt dies. Der Telegraph wird uns wohl heute noch nähere Auskunft geben. Im Übrigen lassen wir die zahllosen Gerüchte unerwähnt, welche über diese Fragen kursiren. Fest steht und wird auch durch eine offiziöse Notiz in der „Nord. Allg. Blg.“ bestätigt, daß die Nachricht falsch ist, daß zwischen Preußen und Frankreich eine Verständigung über eine Vereinigung Luxemburgs mit Frankreich besteht.

In Luxemburg selbst ist die Stimmung eine sehr gebrüderliche. Die Industriellen sind entschieden gegen den Anschluß an Frankreich, da ihr Hauptabsatzgebiet Deutschland ist.

Die „Prager Politik“ meldet: Die Nachricht, daß am 26. d. Ms. der österreichisch-preußische Allianzvertrag paraphirt worden sei, scheint verfrüht.

Der Pariser Correspondent des „Globe“ will aus glaubwürdiger Quelle erfahren haben, daß der Kaiser Napoleon durch geheime Agenten der italienischen Regierung ein Schutz- und Trutzbündnis mit Frankreich angeboten und eine ablehnende Antwort erhalten habe.

Aus St. Petersburg läßt sich der „Morning Herald“ berichten, daß daselbst allgemein von einem zwischen Russland und Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnis die Rede sei, an welchem auch Rumänien Theil habe.

Der für die künftige städtische Verfassung von Frankfurt a. M. von der Regierung festgestellte Entwurf hat, wie die „Nord. Allg. Blg.“ meldet, die Allerbürokratie Genehmigung erhalten und wird in den nächsten Tagen durch die Gesetzgebung publiziert. Es bestätigt sich, daß darnach für die Stelle des ersten Bürgermeisters dem königl. Canovaten zu präsentieren stand, daß der zweite Bürgermeister von der Gemeindevertretung unter Vorbehalt der Allerbürokratie bestätigung zu wählen ist, und daß die Wahl der städtischen Beamten keiner Bestätigung durch die Regierung unterliegen soll. Die städtische Verfassung für Frankfurt unterscheidet sich auch darin von den in den alten Provinzen bestehenden Städteordnungen, daß für jene nicht das Drei-Klassen-Wahlsystem und nicht öffentliche, sondern geheime Abstimmung für die Wahlen der Gemeindevertretung angenommen ist.

* Berlin. Wie der „Kreiszeitg.“ aus Köln und Frankfurt a. M. mitgetheilt wird, reisen seit einiger Zeit französische Artillerie- und Ingenieur-Offiziere in Civil durch die westlichen Provinzen, um strategische Studien zu machen. In Frankfurt a. M. hielt sich der Oberst im franz. Generalstabe, Lewis, auf.

* Stettin, 31. März. [Nachwahl] In der vorgestern stattgehabten Nachwahl zum Norddeutschen Reichstage wurden 4060 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten Consul Müller 206, Prince-Smith 1271, Handelsminister Graf Izenplik 775 Stimmen. Es muß somit eine engere Wahl zwischen den Herren Müller und Prince-Smith stattfinden. Bei der Wahl am 12. Febr. wurden 6296 Stimmen abgegeben. — Der Nordamerikanische Consul Herr Smidell wird von hier nach Washington zurückreisen. Sein Nachfolger ist noch nicht ernannt. (Oder-Btg.)

— Aus Wien wird der „Schles. Blg.“ telegraphirt, daß der Rücktritt von Wüllerstorff bevorsteht.

Helsingborg, 29. März. Einige Landwehrmänner aus Åpenrade wurden heute hier durch gefangen nach Preußen abgeführt. — Die Aufführung des Theaterstücks „Sören Sörensen“ ist polizeilich inhibirt worden.

* Russland und Polen. △* Warschau, 31. März. Bei der heutigen Lage der Verhältnisse in Europa ist es ganz natürliche, daß man überall scharf ausschreibt, ob nicht irgend ein kriegerischer Ton zu vernehmen ist. Ein solcher leiser Ton ist vielleicht in dem folgenden Befehl und in der Anfrage, welche von der Behörde an die Directionen der Warschau-Wiener und Warschau-Bromberger Eisenbahnen ergangen sind, zu vernehmen. Der Befehl verlangt die ungesäumte Einsendung der Pläne von sämmtlichen Bauarbeiten der beiden Bahnen an das Kriegsministerium in Petersburg, und die Anfrage lautet: für wie viel Militär diese Bahnen Transportmittel stellen können. Laut der Antwort der Directionen sind sie im Stande täglich ein Bataillon Infanterie zu transportieren, ohne dabei dem regelmäßigen Verkehr Abbruch zu zufügen. — Der Staatsrat des Königreichs Polen, der im Jahre 1861 als eine der Reformen ausgesetzt war, mit denen Polen beschont wurde, der aber seit 1864 nur dem Namen nach existirte, ist nunmehr durch das Edict vom 24./26. März c. definitiv aufgehoben. — Das Regierung-Comité hat angeordnet, daß Grundstücke, welche Eigentum von Städten, Gemeinden und wohlthätigen Anstalten sind, veräußert werden sollen. Eine anständige Ursache für diese Verschächerungen weiß kein Mensch anzugeben. Sie dürfte keine andere sein als die, daß die Herren vom Comité bei all den Veräußerungen für ihre eigenen Taschen die besten Geschäfte machen.

Danzig, den 1. April.

* Am vorigen Sonnabend, Abends gegen 8 Uhr, wurde am Portale der St. Marienkirche in der Frauengasse ein Mensch bemerkt, welcher einen Theil des Steinpflasters an der Kirchenmauer aufgerissen hatte und an dieser Stelle ein Loch in die Erde grub. Der Todtenträger B., welcher aus dem Fenster seiner Wohnung dies gesehen, trat nun herzu und fragte den erwähnten Mann, was er bezeuge. Auf die Antwort, daß er etwas suche, erwiderte B., daß er hier nichts zu suchen habe und daß er ihm zur Polizei folgen möge, um sich daselbst über seine Person auszuweisen. Nunmehr änderte der Mensch sein Benehmen. Mit einem zusammengeschlagenen Messer versetzte er dem B. einen heftigen Schlag gegen den Hals und ergriff alsdann die Flucht, wurde jedoch von zwei Soldaten, in Folge Zurück des B. aufgehalten und durch einen Polizeibeamten nach dem Arrestschuhdurm in Verwahrsam gebracht. Man fand bei dem Arrestanten, außer einem Messer, ein Brech- und ein Stemmeisen und mehrere Dietrichs, deren er sich während seines Transportes nach dem Gefängnisse durch Wegwerfen zu entledigen suchte. Er ist ein bereits mit Zudithaus bestraftes Individuum. Ob er einen Einbruch in die Kirche beabsichtigt hat, weiß man nicht, kaum aber ist anzunehmen, daß dies durch das Untergraben des sehr tiefliegenden und starken Fundaments hätte ausgeführt werden können.

* Am Sonnabend lief von der W. d. Britischen Werft das für Hrn. Commerzienrat E. Heoptenmacher in Rügenwalde hier erbaute Barkasse „Brünnow“ glücklich vom Stapel. Das Schiff ist circa 300 Last groß und wird von Capt. Padel geführt werden.

* Traject über die Weichsel. [Bei Terespol - Culm regelmäßig per fliegende Fähre; bei Warlubien - Graudenz per Kahn bei Tag und Nacht; bei Czerwinski - Marienwerder per Kahn nur bei Tag.]

* Vom Nachr. von der Plehnendorfer Schleuse von heute setzte sich die Eisstopfung beim Nothen Krug heute früh 1½ Uhr in Bewegung und ist anzunehmen, daß die Weichsel im Laufe des Tages vollständig vom Eise-frei werden und die Plehnendorfer Schleuse morgen dem Verkehr geöffnet werden wird.

Wie in den beiden letzten Jahren, so ist auch diesmal der Abg. Kreisrichter Lesser-Thorn bei den Ernennungen zu Kreis- und Stadtgerichts-Räthen übergegangen worden. Ebenso ist auch der Kreisrichter Chomse, gleichfalls Mitglied der Fortschrittspartei, übergegangen worden. (Volksztg.)

Börsendeposita der Danziger Zeitung.

Berlin, 1. April. Aufgegeben 2 Uhr 10 Min.

	1. April	2. April	3. April
Abgaben —	56	56	56
soz.	56	56	56
Frühjahr	56	56	56
Herbst	51	55	55
April	10	11	11
Mai	17	17	17
Juli	103	103	103
do	98	100	6
Staatschuld	83	83	83
Fondshörse: Schluss fester.			
Aufsterbar, 30. März. Getreidemarkt. (Schlussricht.) Roggen auf Termine fest, vor Mai 204. Raps nominell, unverändert.			

Liverpool, 30. März. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 8000 Balles Umsatz. Fest. — Widdling Amerikanische 13%, middling Orleans 13%, fair Dohlerach 11%, good middling fair Dohlerach 10%, middling Dohlerach 10%, Bengal 8%, good fair Bengal 9, Domra 11%, Pernam 14%, Egyptische 16.

Danziger Blätter.

Amtliche Notirungen am 1. April 1867.

Weizen vor 5100 Pfollgewicht, gesund bunt 125/-128/- Pf. 577½-595; gesund, hell und feinbunt 125-129/30/- Pf. 590-615; gesund, hochbunt und weiß 128/9-131/2/- Pf. 625-650.

Roggen vor 4910 Pf., frischer 119-127/- Pf. 352½-375.

Gerste vor 4820 Pf., kleine 101/- Pf. 288.

Wechsels- und Fondscourse. London 3 Mon. 6.23½ Br. Westpreuß. Pfandbriefe 3½% 77½ Br. Westpreuß. Pfandbriefe 4% 85% Br. Westpreuß. Pfandbriefe 4½% 93% Br. Preuß. Rentenbriefe 91 Br.

Die Altesten der Kaufmannschaft.

Danzig, den 1. April. Bahnpreise.

Weizen mehr oder weniger ausgewachsen, bunt und hellbunt

120/23 — 125/27 — 128/129 d. von 78/85/90 — 92/95 — 96/97½ Br.; gesund, gut bunt und hellbunt 126/28 — 129/30 — 131/132 d. von 98/100 — 102/104 — 105/107 Br. 106/108.

Roggen 120 — 122-124-126 d. von 59-60-61-62 Br. vor 81½%.

Gräser 57/60 — 62/64 Br. vor 90%.

Gerste, kleine 98/100 — 103/4 — 105/6 — 108% von 46/47 — 48/50 — 51/52 — 53½ Br., große 105/108 — 110/112 — 115/116 Br. vor 51/52 — 53/54 — 55 Br.

Hafer 30 — 32 Br. vor 50%.

Spiritus zu nicht bekannt gemachten Preisen gehandelt.

Getreide-Weize. Weiter: veränderlich. Wind: NW.

Weizen fand auch heute nur geringe Beachtung, die Stimmung bleibt flau und die für verkaufte 50 Lasten bedingten Preise sind kaum denselben vom Sonnabend gleichzustellen. Bunt 126, 127/- Pf. 575, Pf. 577½, Pf. 580, Pf. 585; hellbunt 125, 127, 129/- Pf. 590, Pf. 600, Pf. 610, Pf. 615; hochbunt glasig 128/9, 129/10 Pf. 625, Pf. 632½, Pf. 5100 Br. — Roggen seit 119/- Pf. 352½; 122/3/- Pf. 363%; 123/4/- Pf. 367½; 127/- Pf. 575; vor 4910 Br. Umsatz 20 Lasten. — Spiritus zu nicht bekannt gemachten Preisen gehandelt.

Breslau, 30. März. Für rothe Kleesaat fehlte es an Käufleut, also 12-16½ Br., neu 16-18½ Br., weiße Saat gefragt, ord. 16-20 Br., mittel 21-24 Br., kleine 25½-27 Br., bechste 27½-28½ Br. — Thimothee still, 10½-12 Br.

* London, 29. März. (Kingsford u. Lay.) Der Witterungswechsel hat den Ton des Weizenhandels gänzlich geändert, das Geschäft während der verlassenen Woche war außerordentlich matt zu 18 Br. Reduction in den meisten unserer leitenden Märkte, unsere Männer laufen selbst hierzu nur von Hand zu Mund in der Erwartung fernerer Concessions in Preisen.

Gerste aller Sorten war schwer verkauflich, einige Märkte an der Ostküste ausgenommen, die extremen Raten behaupteten. Wir quotiren keinen allgemeinen Rückgang, Birmingham allein war 1-2 Br. billiger. Erbsen waren im Wert unverändert. Bohnen waren wenig angeboten und in einigen Märkten eine Kleinigkeit teurer. Güter alter Hafer ist selten und überhaupt voll legte Preise, neuer ist weniger begeht und billiger läufig. Mehl schleppend und billiger. — Die Befuhren an der Küste bestanden in dieser Woche aus 71 Ladungen, darunter 44 Weizen und zum Verlaufe blieben gestern Abends 50 Ladungen, darunter 45 Weizen. Der Handel in schwimmenden Ladungen verlor ohne Leben, Käufer hielten sich von Anschaffungen in Erwartung billigerer Preise zurück. Angelommener Weizen war schleppend und 1-2 Br. Br. niedriger. Gerste bleibt fest. In schwimmenden Weizenladungen und für spätere Verschiffung ist augenblicklich kein Geschäft.

Die Befuhren von englischem Getreide und fremdem Hafer waren in dieser Wochemäßig, von fremdem Weizen groß und sehr bedeutend von Gerste, wovon ein beträchtlicher Theil von Amerika kam. Der Verkauf zum heutigen Markt war klein, es war wenig englischer Weizen offerirt, nichts desto weniger konnte man Verkäufe nur zu 18 Br. niedrigeren Preisen platzieren und wo Geschäfte in fremdem stattfanden, waren sie zu einer gleichen Erniedrigung. Gerste und Hafer waren langsam verkauflich und etwas billiger. Bohnen und Erbsen unverändert. — Die Assuranzprämie von den Ostsehäfen nach London ist vor Dampfer 10, vor Segelschiff 12½ d.

Eisen, Kohlen und Metalle.

Berlin, 30. März. (B. u. H. B.) [V. Mamoth.] Der Markt in Glasgow war still, doch haben Warrants wieder um 8d angezogen und wurden zu 51d 9d cash. notirt. Verschiffungen blieben fest. Garterville I. 66s, Coltness I. 64 9d, Langloan I. 555. Preisige Preise 46-47 Br. vor Br. für gute Marken. Schlesisches Holzföhrenrohren 39 Br. vor Br. Coals. Robeisen 35-35½ Br. vor Br. loco Hüle. — Alte Eisenbahnschienen zum Verwalzen 51½-52 Br. vor Br. zu Bauzwecken 2½-3½ Br. vor Br. Stabeisen, gerades 2½-3½ Br. geschmiedetes 3½-4½ Br. vor Br. ab Werk. — In der am 28. d. M. in Rotterdam abgeholten Zinn-Auction wurde das ganze zum Verkauf gestellte Quantum zu 54 Br. aufgezählt. Die hiesigen Preise stellten sich für Banca-Zinn auf 33-33½ Br. Sammzinne holte 32-32½ Br. vor Br. — Englisches Kupfer 28 Br. schwedisches 29-30 Br. vor Br. Zink fest. WH-Markt 6 Br., geringere 6½-6¾ Br. vor Br. ab Breslau, hier 7½ und 7½ Br. Blei: schwedisches 6½ Br. Tarnowizer 6½ Br. vor Br. Kohlen und Coals flauer.

Wes

Die Verlobung unserer ältesten Tochter Johanna mit dem Herrn Philipp Alexander beeindruckt uns ergebenst anzugeben
(10528) A. Mendelssohn und Frau.
Danzig, den 31. März 1867.

Sonnabend Nacht starb plötzlich am Schlag.
fluss mein geliebter Schwiegersohn
Max Aronson in Königsberg.
Dieses zeigt tief betrübt an
(23) A. M. Perlis.
Danzig, den 1. April 1867.

Am 30. März cr. Nachmittags 6½ Uhr,
verstarb nach längerem Leiden im 67. Lebensjahr
unser geliebter Gatte, Vater, Groß- und Urgroß-
vater, der Schnupftabakfabrikant
C. H. Bodenstein.

Diese Trauer-Nachricht allen Freunden und
Bekannten statt besonderer Meldung.
Pr. Stargardt, 31. März 1867.
(41) Die Hinterbliebenen.

Bekanntmachung.
Königl. Stadt- u. Kreisgericht
zu Danzig,
den 22. März 1867.

Der hiesige Kaufmann Johann Julius Gustav Nodde und die minderjährige Jungfrau Rosalie Henriette Kolberg aus Rosenberg, die letztere mit Genehmigung ihrer Mutter und Vermünderin, der Fischwirths-Witwe Louise Kolberg, geborene Schwerberg derselbe, haben die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes für die von ihnen einzugehenden Ehe durch den überwirtschaftlich bestätigten Ehevertrag vom 21. und 22. Februar d. J. ausgeschlossen, und zugleich bestimmt, daß das von der künftigen Ehefrau in die Ehe einzubringende und während derselben zu erworbene Vermögen die Natur des vorbehalteten Vermögens haben solle. (39)

Die hiesige Bürgermeisterstelle wird am 1. Juli cr. vacant und soll mit einem Beamten besetzt werden, der die dritte juristische oder konsistorialische Prüfung bestanden hat. Mit derselben ist ein Gehalt von 1000 Thlr. jährlich, ohne weitere Emolumente, verbunden. Qualifizierte Bewerber belieben ihre Anträge bis Ende April cr. an unsern Vorsteher, Buchdruckereibesitzer Heyne, zu richten.
Braunschweig, 27. März 1867. (10404)
Die Stadtverordneten.

Mittwoch, den 3. April, Morgens 9 Uhr, sollen Hundegasse No. 10 wegen Wohnungsveränderung gegen Baar öffentlich versteigert werden:

Mehrere Schloßsofas, Kleider- und Linnenschränke, Kommoden, diverse Tische, Stühle, Bettgestelle, Spiegel, Bilder, Gipsfiguren und vielerlei Hausrath; auch 1 Partie Weinfässer.
(43) Nothwanger, Auctionator.

Die Handlung
Natürlicher Mineralbrunnen
von

Fritz Engel in Gründenz
empfiehlt auch in diesem Jahre sämtliche gangbare natürliche Mineralbrunnen, Pastillen-Mutterlaugensalze, Seifen u. sonstige dabin gehörnde Artikel, direct von den Brunnenirectionen bezogen.

Bei Bezug auf dem Wasserwege ist es mir möglich geworden den Preis für sämtliche Brunnen zu ermäßigen.

Künstliche Mineralwasser von Dr. Struve & Soltmann und Dr. Schuster & Kähler sind stets auf Lager.
(10460)

הַסְמָךְ
Weine, Spiritus und feine Liqueure, Essigspirt, Meth; ferner türk. Pflaumen, Badobit, Cichorien, Klinchen, Chocolade, wie überhaupt alle Österwaaren empfiehlt zu billigen Preisen.

N.B. Auswärtige Aufträge werden prompt ausgeführt. (35)

Lachse werden aufs Beste geräuchert Breitgasse 44. (22)

Frischer Lachs
zu Tagespreisen und geräucherter ist billigst zu haben
in der Seefisch-Handlung von
S. Möller,
Breitgasse 44.

Lachse werden zum Salzen und Räuchern stets angenommen in der Fisch-Bötelungs- und Räucherungs-Anstalt Scheibenrittergasse No. 9. (54)

Räucherlachs täglich frisch aus dem und einzelnen Pfunden.

Marinirten Lachs in Fäischen u. einzeln Pfunden.

Frische Lachs täglich billigst zu haben, und werden auch auf Franco-Bestellung nach außerhalb gut verpackt verendet gegen Postvorschub und prompt ausgeführt. (53)

Alexander Heilmann, Scheibenrittergasse 9.

Malz-Extract-Bier,
die Flasche 2 ltr., sowie einen guten
Mittagstisch,
zu 5 und 6 Uhr monatlich, in und außer dem
Hause, empfiehlt
(16) C. Kraeber, Börsenhalle.

CONCORDIA,

Cölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Grundkapital der Gesellschaft 10,000,000 Thaler.

Die Concordia übernimmt gegen feste und sehr mäßige Prämien Lebens-Versicherungen und überhaupt alle Versicherungen von Capitalien und Renten auf den Lebens- wie auf den Todessall in jeder beliebigen Form.

Zu den von ihr eingerichteten Kinderversorgungs-Kassen können Einschreibungen

zu jeder Zeit erfolgen, und zwar für alle Kinder, die nicht vor 1858 geboren sind.

Die Geschäfts-Resultate pro ultimo März 1867 stellen sich wie folgt:

Reserve-Fonds aus den Beiträgen gesammelt Thaler 5,590,258.

Verichertes Capitalien " 21,900,285.

Verichertes jährliche Leibrente " 86,000.

Zahl der versicherten Personen: 12,888. (18)

Zahl der eingeschriebenen Kinder: 35,228.

Prospecta und Antragsformulare und jede gewünschte Auskunft ertheilt bereitwilligst und unentgeltlich:

Die General-Agentur der Concordia

Salli Neumann, Haupt-Agentur, Langgasse 1.

Bernhard Sternberg, Hundegasse 55.

Buchhalter Data, Neufahrwasser.

Beilage zu Nr. 4161 der Danziger Zeitung.

Montag, den 1. April 1867.

In dem Concurs über das Vermögen des Gutsbesitzers Wilhelm Thümmel zu Marienborg ist zur Annahme der Forderungen der Concursgläubiger noch eine zweite Frist bis zum

20. April 1867

einschließlich festgesetzt worden. Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protocoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 8. März d. J. bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist

auf den 3. Mai 1867,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Commissar Herrn Kreisrichter Bresler im Terminkabinett anberaumt, und werden zum Erscheinen in diesem Terminkabinett die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muss bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Acten anzeigen.

Wer dies unterlässt, kann einen Beschluss aus dem Grunde, weil er dazu nicht vorgeladen worden, nicht ansechten.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte Rau, Plate und Obuch zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Löbau, den 21. März 1867. (10448)

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreis-Gericht zu Marienburg,

den 24. November 1866.

Das dem Kaufmann Robert Hütte gehörige Grundstück Marienburg No. 25, abgeschäfft auf 5302 R. 11 Sgr. 8 A., soll

am 19. Juni 1867,

Mittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Taxe und Hypothekenschein sind im Bureau III. einzusehen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Haftforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei dem Substations-Gerichte anzumelden. (5713)

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreis-Gericht zu Thorn,

den 25. November 1866.

Das dem Glasermeister Carl Orth gehörige Grundstück Altstadt Thorn No. 11 (Wohnhaus mit Hintergebäuden und Hofraum in der Louisenstraße), abgeschäfft auf 12,969 R. 20 Sgr. 4 A., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 8. Juli 1867, Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Folgendem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger, als:

a. Frau Antonie Caroline Konarski, geb. Jacobi, und deren Ehemann,
b. Fräulein Anna Petronella Jacobi, früher in Warschau, werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Haftforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei dem Substations-Gerichte anzumelden. (7121)

Nur 2 Thlr.

lostet ein Original-Loos der von der Stadt Hamburg garantirten Gewinn-Verloosung, in welcher im Ganzen 2,222,000 R., darunter Gewinne von:

225,000, 100,000,
50,000, 30,000, 15,000,
12,000, 10,000,

zur Entscheidung kommen. Die erste Verloosung findet statt am

17. April d. J.

wozu wir Original-Loose abzustehen haben. Listen und Gewinnelder werden sofort prompt zugesandt von

K. Florsheim & Co.,
Hamburg.

Die Haupt- u. Schlussziehung der 6. Klasse der großen Frankfurter

Geld-Lotterie, durch die Königl. Preuß. Regierung genehmigt, worunter folgende Hauptgewinne: fl. 200,000, fl. 100,000, fl. 40,000, fl. 20,000, fl. 15,000, fl. 10,000, fl. 6000, fl. 5000, fl. 4000, fl. 2000 u. s. w., beginnt am 10. April c., und sind auch bei Unterzeichnetem Loos zu folgenden Preisen zu haben: ein ganzes Loos R. 52, — R. 26, — R. 17, 10 Sgr., — R. 13, — ein achtel R. 6, 15 Sgr. Gefäll. Bestellungen werden gegen Einsendung des Betrages oder mittelst Postnachnahme prompt effectuirt durch

Saul M. W. Feuerstein

(10085) in Frankfurt a. M.

Die Berliner, Wiener, und Erfurter Schuh- und Gamaschen-Blüderlage

ist für die bevorstehende Saison mit Neuheiten jeder Art auf das Reichste sortirt und empfohlen solideste Ware unter Garantie zu bekannt niedrigen Preisen. Besonders heben wir hervor:

Damengamaschen in Serge ohne Absätze, von 1 R. pro

Paar an, mit Absätzen, von 1 R. 5 Sgr.

Kinderstiefelchen in Serge oder Leder, von 10 Sgr. pro Paar

Ungarische Stiefeletten für Damen u. Kinder, in nur sei-

Bronce-Ballschuhe für Damen 20 Sgr., reich garnirt bis 1 R. pro

Hauschuhe in Serge für Damen, von 10 Sgr. pro Paar an,

in Sammet, Serge, Leder, Plüsch &c.

Russische Boots und Gummi-Schneestiefeln für

Herren, 2. Qualität, Damenschuhe 14 Sgr.

Gummischuhe, franz., engl., deutsche Ware, Damenschuhe 14 Sgr.

Oertell & Hundius, Langgasse 72.

Lager en gros und en detail.

Bestellungen nach außerhalb effectuirt sofort.

MusterSendungen geben bereitwillig ab.

Die Schuh- und Stiefel-Fabrik

Langgasse 72,

empfiehlt die Fabrikate der Strafanstalt und eigenes Fabrikat in allen Sorten:

en gros Schuhe und Stiefeln en détail

für Herren, Damen und Kinder.

Preise billigst laut Preiscurant.

Bestellungen werden in 24 Stunden ausgeführt; ebenso alle Reparaturen.

Sohlen und Absätze für Knaben 15 und 17½ Sgr.,

Sohlen und Absätze für Herren 22½ Sgr.

Besonders empfiehlt ich:

Knabenstiefel mit Schäften u. Gummizug von 1. Thlr. bis

1 Thlr. 25 Sgr.

Größtes Lager Petersburger u. anderer Gummischuhe.

Max Landsberg, Langgasse No. 77.

12. Aufl. Methode Toussaint - Langenscheidt.

Briefficher Sprach- und Sprechunterricht für das Selbststudium Erwachsener.

von Dr. C. van Dalen

Professor Henri Lloyd u.

Literat. G. Langenscheidt.

Französisch von Prof. Charl. Toussaint Berlin.

Wöchentl. 1 Lect. à 5 Sgr. Compl. Curse 5½/3 Thlr.

Cursus 1 und 2 zusammen auf einmal statt 11½ Thlr. nur 9 Thlr.

Dieser Unterricht ersetzt in jeder Hinsicht einen guten Lehrer.

(Allgem. Darmstädter Schulzeitg.)

„Etwas Besseres und Praktischeres gibt es gewiss nicht.“

(Prof. Dr. Koch an der Universität Berlin.)

„In (Darstellung) der Aussprache haben die Verfasser bis jetzt Unübertroffenes geleistet.“

(Oest. pädagog. Wochenbl.)

„Diese Unterrichtsbücher verdienen die Empfehlung vollständig, welche ihnen von Prof. Dr. Herrig, Dr. Schmitz, Seminar-Direktor Dr. Diesterweg, Direktor Dr. Viehoff und anderen Autoritäten geworden ist.“

(Allg. Deutsche Lehrzeitg.)

„Wer durch Selbstunterricht sich ernstlich fördern will, — dem kann Ref. nichts Vortrefflicheres als diese Briefe empfehlen.“

(Berlin. Blatt. f. Schule u. Erziehung.)

Brief I jeder Sprache als Probe à 5 Sgr.

G. Langenscheidt in Berlin, Hallesche Strasse 19.

Für Schulen erscheint Ostern 1867: Lehrbuch der franz. Sprache, 2. Auflage, 2 Curse à 10 Sgr.

(9321)

Baseler Transport-Versicherungs-Gesellschaft in Basel.

Gesellschafts-Capital: 5 Millionen Franken.

Wir beeinträchtigen hiermit zur Kenntnis bringen, daß wir Herrn Robert Heinrich Pantzer in Danzig als Haupt-Agenten ernannt haben, Seever sicherungen per Dampfschiffen für Rechnung unserer Gesellschaft zu zeichnen und die darüber sprechenden Polices sofort auszufertigen, auch Schäden und alle sonstigen Angelegenheiten in unserem Namen prompt zu regulieren.

Basel, den 28. Februar 1867.

Der Präsident. R. Paravicini.

Der Director. C. Blanckarts.

Bezugnehmend auf Obiges bin ich zur Entgegennahme von Versicherungs-Anträgen bereit und empfehle mich.

Danzig, den 20. März 1867.

Ergebnest

Robert Heinrich Pantzer, Haupt-Agent.

Musikalien - Leih - Anstalt bei F. A. Weber,

Buch-, Kunst- und Musikalien-Handlung,

empfiehlt sich zu zahlreichem Abonnement.

Vollständiges Lager neuer (217) Musikalien.

Amerikanische 6% Anleihe pro 1882.

Die am 1. Mai c. fällig werdenden Cou-

pous können schon jetzt bei uns realisiert werden.

Baum & Liepmann,

Wechsel- und Bank-Geschäft,

Lazgenmarkt 20. (9916)

Königl. Preuß. Lotterie-Loose.

Hauptziehung 4. Klasse Anfang 8. April, Ende 6. Mai d. J., verkauft

Original-Loose

½ R. 33, ¾ R. 15 Sgr., auf gedruckten Antheilscheinen ¼ 14 R. 10 Sgr., ½ 7 R. 5 Sgr., ¾ 3 R. 20 Sgr., ½ 1 R. 25 Sgr., ½ 1 R. 5 Sgr., gegen Einsendung des Betrages oder Postvorwerks 440. Wolff & Kalischer, Thorn 440.

LOOSE

zur 3. Serie der König-Wilhelms-Lotterie, ganze à 2 R., halbe à 1 R. bei Adam Schlüter, Kettwagergasse 4.

Gottes Segen bei Cohn!

Grosse Capitalien-Verloosung von über 2 Millionen 200,000 Mark.

Beginn der Ziehung am 17. d. M.

Die Königl. Preuss. Regierung gestattet jetzt das Spiel der Haunoverschen und Frankfurter Lotterie.

Nur 2 Thaler kostet ein Original - Staats - Loos

(keine Promesse) aus meinem Debit und werden solche auf frankierte Bestellung gegen Einsendung des Betrages oder gegen Postvorschuss selbst

nach den entferntesten Gegenden von mir versandt.

Es werden nur Gewinne gezogen.

Die Haupt-Gewinne betragen Mark

225,000, 125,000, 100,000, 50,000,

30,000, 20,000, 2 à 15,000, 2 à 12,000,

</div

